

Rede von Frank Bsirske (ehemaliger Verdi-Vorsitzender und Abgeordneter der Grünen im Bundestag) am 1. März bei der Kundgebung des „Netzwerk gegen Rechts“

Elon Musk, der Tech-Milliardär und Trump-Oligarch hat bekanntlich die Deutschen dazu aufgerufen, bei der Bundestagswahl AfD zu wählen. Zuvor hatte Trump seine Amtsübernahme gefeiert und hatte dazu eingeladen: als einzigen aus Deutschland Chrupalla, aus Großbritannien Farage und aus Frankreich Zemmour, den Repräsentanten der äußersten Rechten.

Sie alle verachten das Parlament, hetzen gegen Minderheiten, schüren Hass und pumpen völkische Positionen in die Politik. Sie alle einig ihre Gegnerschaft zur Europäischen Union. Das gefällt auch dem russischen Außenminister. Lawrow hat jetzt die AfD und auch das BSW als Verteidiger deutscher Interessen gelobt.

„Sie wollen“, hat er gesagt, „dass die nationale Selbstbestimmung und Identität der Deutschen wieder hergestellt werden, weil sie glauben, dass die Brüsseler Bürokratie einen Großteil davon widerrechtlich an sich gerissen hat.“ Da treffen sich die Trumps und Putins mit den Chrupallas und Weidels.

In einer Zeit aber, wo Deutschland ein Handelskrieg mit seinem wichtigsten Wirtschaftspartner droht, in einer Zeit, wo seit drei Jahren in der Ukraine ein russischer Angriffskrieg tobt und die internationale Friedensordnung aus dem Osten und jetzt auch aus dem Westen in Frage gestellt wird, braucht es mehr denn je ein geeintes und handlungsfähiges Europa, eine starke und einigte EU, und muss gerade auch aus deutscher Sicht gelten: Europe united!

Europe united – wer das hintertreibt, schadet und schwächt unser Land, schadet unserer Wirtschaft und schadet den Menschen in Deutschland und Europa.

Dass nun zwanzig Prozent der Wählerinnen und Wähler das offenbar nicht weiter kümmert, und sie ihre Stimme einer unverhohlenen rechtsextremen Partei geben, ist absolut besorgniserregend. Die Bundestagsdebatte vom Februar bedeutet einen Rechtsruck wie seit 1949 nicht. Der AfD ist es gelungen – ohne Grenzziehung zum Rechtsradikalismus – jedenfalls in den Wahlsendungen als scheinbar normaler Teil des politischen Spektrums wahrgenommen zu werden.

Friedrich Merz hat diesen Prozess der Normalisierung der Rechten noch extrem beschleunigt, als er ohne jede Not beim Thema Migration die AfD auf der Auswechselbank platziert hat.

Und jetzt lässt die CDU dem eine Attacke folgen auf Organisationen, die sich nicht mit der Normalisierung der Rechten abfinden wollen, mit 551 Fragen, die die Gemeinnützigkeit u.a. von BUND, Deutscher Umwelthilfe und Omas gegen Rechts in Zweifel ziehen. Das zielt auf Einschüchterung und kopierte die Methoden vieler rechter Parteien international. Eingeschüchtert werden soll die kritische Zivilgesellschaft. Nur, so ist zu fragen, wie soll das mit wehrhafter Demokratie eigentlich funktionieren, wenn Umweltschutzorganisationen, Sportvereine oder Stiftungen nicht zu Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie aufrufen dürfen, ohne die Gemeinnützigkeit zu gefährden.

So vorzugehen ist völlig inakzeptabel. Das akzeptieren wir nicht, und einschüchtern, einschüchtern lassen wir uns auch nicht.

Wir werden nicht nachlassen in unserem Widerstand gegen das Erstarken des Rechtsextremismus in unserem Land. Gilt unser Widerstand doch Kräften, die keinen Hehl daraus machen, diese Gesellschaft und diesen Staat grundlegend zu verändern.

Unser Widerstand gilt einer Partei, die Massendeportationen plant, Massendeportationen, die auch den Einsatz – so Höcke wörtlich – „wohltemperierter Grausamkeit“ nötig mache und wo ins Kauf zu nehmen sei, dabei – ich zitiere wieder Röcke – „leider auch ein paar germanische Volksteile zu verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung zu widersetzen.“

Massendeportationen – in der Debatte zum Bundeshaushalt 2025 hat eine AfD-Abgeordnete aus Sachsen erklärt – O-Ton: „Die Flüchtlinge nehmen uns die Wohnungen weg. Und das Bauministerium bringt da gar nichts. Und deswegen werden wir, wenn wir an der Regierung sind, das Bauministerium abschaffen und durch ein 'Remigrationsministerium' ersetzen, das dafür sorgt, dass eine Million Syrer und 200.000 Afghanen abgeschoben werden. Das Land muss gesäubert werden.“ – alles O-Ton!

24 Prozent der Ärzte an deutschen Krankenhäusern und 31 Prozent der in Altenpflegeheimen Beschäftigten haben keinen deutschen Pass. Das hält die AfD aber nicht von ihren Deportationsfantasien ab – davon, Massendeportationen von Menschen auf die Tagesordnung zu setzen, die unsere Nachbarn sind, die hier arbeiten, hier ihre Kinder geboren haben – und jetzt raus sollen. Raus!

Massendeportationen? Das hatten wir schon mal. Im Bundestag hat kürzlich aus Anlass der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz eine Frau gesprochen, eine Frau, die das Lager überlebt hat, die 91-jährige Eva Szepesi. Frau Szepesi hat gesagt: „Die Schoa begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten. Und sie begann mit dem Schweigen und Wegsehen der Gesellschaft.“

Wir, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wollen nicht wegsehen. Wir wollen hinschauen!

Und was sehen wir da? Zwei Beispiele:

Wir sehen, dass die AfD aus dem Euro raus und wieder zurück zur DM will grad so, als hätte es die Erfahrung der Währungsunion in den Neuen Bundesländern nicht gegeben, als sich mit Einführung der D-Mark die Preise ostdeutscher Waren auf den osteuropäischen Exportmärkten wechselkursbedingt über Nacht vervier- und verfünffachten und anschließend die Absatzmärkte futsch waren. Nicht anderes würde Deutschland beim Ausstieg aus dem Euro passieren: ein Aufwertungsschock mit anschließender Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit als Folge einer ökonomisch ebenso ahnungs- wie verantwortungslosen Politik. – Dafür steht die AfD.

Ein weiteres Beispiel: das Staatsbürgerrecht. Lange konnten Zugewanderte frühestens nach acht Jahren eingebürgert werden, vorausgesetzt sie standen in Lohn und Brot. Diese Wartezeit ist auf fünf Jahre verkürzt worden – Länder wie Kanada, die auch ein Interesse an Zuwanderung in Erwerbsarbeit haben, bürgern übrigens regelhaft bereits nach drei Jahren ein. Vernünftig, dies Menschen, die bleiben wollen, auch bald zu ermöglichen – und zwar mit den gleichen Rechten wie sie die Menschen im Zuwanderungsland haben.

Die AfD hat das abgelehnt und erklärt, die Verkürzung der Wartezeit käme einem Staatsstreich gleich, einem Staatsstreich – so wörtlich – „zur Versklavung des deutschen Volkes!“

Von „Versklavung des deutschen Volkes“ zu sprechen, wenn die Einbürgerung hier lebender, hier arbeitender und Steuern zahlender Zugewanderter erleichtert wird – das soll wohl Empörung provozieren, Bedrohungsängste auslösen und die Überzeugung, dass jetzt Widerstand geleistet werden müsse – wer will schließlich schon gern versklavt werden!

„Versklavung des deutschen Volkes“ - so schallt es in den Wald hinein – und wie schallt es heraus? Ein ehemaliger Kollege, der jetzt in Rente ist und in einem kleinen Dorf im Ostharz lebt, ehemalige DDR, erzählte kürzlich, dass seine Frau sich mit dem Nachbarn total zerstritten hat, nachdem dieser erklärte: „Wenn hier Flüchtlinge herkommen, die zünden wir an. Und die Schwarzen als erste, die brennen am besten.“ Der Mann hat in seinem Dorf in seinem ganzen Leben noch nicht einen einzigen Flüchtling auch nur von weitem gesehen, aber, was für ein Hass, was für eine Selbstgewissheit bei der Verkündung von Ungeheuerlichkeiten. Was für eine Menschenverachtung!

Muss man ernst nehmen, was dieser Mann da sagt? Ja! Muss man! Denn andere haben schon entsprechend gehandelt – in Rostock, in Mölln, in Hanau und anderswo.

Erst verändert sich die Sprache der Menschen, dann das Denken und zuletzt eben auch das Handeln.

Nicht dass es nicht konkreter Maßnahmen zur Erhöhung der Inneren Sicherheit in Deutschland bedürfte angefangen mit einer besseren Personalausstattung bei Polizei und Justiz, über eine intensivere Zusammenarbeit der Behörden, verbesserten Datenaustausch bis hin zu Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet – ja, all das ist nötig. Und zugleich gilt es, Menschlichkeit zu bewahren und dem entgegenzutreten, was wir da zurzeit beobachten an Enthemmung in Sachen Rassismus, an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und an Verrohung.

Ein anderer Auschwitz-Überlebender, der italienische jüdische Schriftsteller Primo Levi hat gesagt: „Es ist geschehen. Und es kann wieder geschehen.“

Wir leben hier in Deutschland. Dem Land der Täter. Und haben nach 1945 eine Zweite Chance bekommen – die Chance, es besser zu machen. Es besser zu machen! Das ist unsere Verpflichtung vor der Geschichte! Und dieser Verantwortung wollen und müssen wir gerecht werden!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – Artikel 1 unseres Grundgesetzes, Ja, die Würde des Menschen ist unantastbar – das ist der kategorische Imperativ, das moralisch-ethische Leitmotiv, dem wir uns verpflichtet fühlen. Menschlichkeit, das – liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger – muss immer unser Maßstab sein, gegenüber jedem einzelnen Menschen!

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das sollte – nein, das muss Leitmotiv des Handelns eines Jeden sein!

Ist es aber nicht.

Der bayrische AfD-Vize sprach auf dem Landesparteitag davon, so wörtlich – „den Karnickeln in den Parlamenten den verdienten Nackenschlag zu versetzen.“ Er wurde wiedergewählt.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Kleinwächter hat auf dem Europakongress der AfD anlässlich der Listenaufstellung zur Europawahl dem Kandidaten für den Listenplatz 1 öffentlich vorgeworfen, er wolle – Zitat – „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte abschaffen“. Und was ist passiert. Genau dieser Herr Krahn, ein bekennender Rechtsradikaler, ist anschließend zum Spitzenkandidaten gekürt worden und gerade auch in die Bundestagsfraktion der AfD eingerückt.

AFD – das bedeutet ABSTURZ für Deutschland – Absturz wirtschaftlich und Absturz moralisch!

Dass diese Leute Einfluss bekommen, gar ans Ruder kommen, das darf nicht zugelassen werden. Das ist unsere feste Überzeugung. Und deshalb stehen wir auf – gegen Rechtsextremismus und für die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft, stehen gemeinsam für fundamentale moralische Werte in unserer Gesellschaft, für die Würde des Menschen, für gegenseitigen Respekt, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Gemeinsam setzen wir ein Zeichen, das uns zugleich Verpflichtung ist – Flagge zu zeigen und für diese Werte aktiv einzustehen: im Betrieb, am Arbeitsplatz, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft.

Und genau darauf kommt es an.

Auf dem Höhepunkt der Streiks für die 35-Stunden-Woche, Mitte der 1980er-Jahre, als Hunderttausende Arbeiter und Angestellte für Arbeitszeitverkürzung streikten, hat der damalige IG-Metall-Vorsitzende, Franz Steinkühler, gesagt: Über Erfolg oder Niederlage in diesem Streik werde sonntags morgens beim Bäcker entschieden. Sonntags morgens beim Bäcker, wenn 10, 12 Menschen in der Schlange stehen, um Brötchen zu kaufen vorne in der Schlange einer anfängt auf die IG Metall zu schimpfen, was das für Idioten seien mit ihrem Streik und der IG Metallern hinten in der Schlange so

tut, als würde er nichts hören und sich in die Büsche schlägt und den da vorne machen lässt – da geht der Streik verloren. Und wenn er eingreift, und sagt, das sehe er aber ganz anders und das sei doch richtig, was Die Gewerkschaft da mache, für Arbeitszeitverkürzung einzutreten, gerade jetzt – da gibt es eine Chance, dass der Stein gewonnen wird. „Sonntags morgens beim Bäcker“ – ich finde, in diesem Bild steckt viel Wahres auch für uns heute.

Das zur Maxime des eigenen Handelns zu machen, das zu leben, ist von elementarer Bedeutung – gerade jetzt!

US-Vizepräsident Vance hat in seiner Münchener Rede so getan, als seien Hetz- und Lügenreden Meinungen, denen Freiheit und Verbreitung gewährt werden muss. Das stimmt nicht! Und Heribert Prantl hat Recht, wenn er in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Demokratie ist eine Wertegemeinschaft. Die Werte stehen in der Verfassung. Es ist höchste Zeit, mit aller Kraft, auch mit aller juristischen Kraft“ – und das heißt aus meiner Sicht auch mit einem AfD-Verbotsverfahren – „für diese Werte zu streiten. Das ist streitbare Demokratie“

Ja, das ist streitbare Demokratie. Für sie wollen wir streiten.

Und werden dies am erfolgreichsten tun können, wenn es gelingt, Druck zu machen für eine Politik, die Antworten bietet – Antworten darauf, wie wir aus der wirtschaftlichen Stagnation und den Sicherheitsproblemen herauskommen und zugleich für klimagerechtes Wirtschaften und mehr soziale Gerechtigkeit sorgen können.

Das verlangt Investitionen, die den Ballast jahrzehntelanger Vernachlässigung öffentlicher Güter angehen, Investitionen für eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – mit funktionierender Bahn und einem guten Bildungs- und Gesundheitssystem, verlangt Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und Investitionen in den ökologischen Umbau unserer Industrie!

Abschließend: Für Demokratie zu streiten und den zwingend notwendigen ökologischen Umbau mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu verbinden – das sind keine Gegensätze. Das gehört zusammen! Und ist die Voraussetzung, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu bewahren und ihren Wohlstand zu erhalten und erneuern zu können.

Dafür lohnt es, sich zu engagieren!